

# Vosener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Donnerstag, 20. Juli  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-  
Ausnahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Danneberg & Co.,  
Hanselmann & Vogler,  
Kudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Oelde  
beim „Invalidentank“

Nr. 500.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an

Preis 20 S. für sechs Wochen. Die Post-  
kosten sind nicht zu zahlen. Die Expedition  
nimmt keine Annoncen entgegen, die nicht  
in der Zeitung zu erscheinen haben.

1876.

## Amliches.

**Berlin, 19. Juli.** Der Friedensrichter Janton zu Neubreisach ist an das Friedensger. Kolmar und der Friedensrichter Spedner zu Pfort an das Friedensger. Sulz u. W. versetzt. Der Rechtspraktikant Richard Siefert zu St. Amarin ist zum Friedensrichter des Friedensger. Bez. Durlingen, der Gerichtsaccessist Karl Thaler zu Schleifstadt zum Friedensrichter des Friedensger. Bez. Schleifstadt, der Assessor Friedrich v. Derges zu Kolmar zum Friedensrichter des Friedensger. Bez. Würth, der Rechtspraktikant Wilhelm Schäfer zu Kolmar zum Friedensrichter des Friedensger. Bez. Neubreisach und der Rechtspraktikant Fritz Weber zu Straßburg zum Friedensrichter des Friedensger. Bez. Truchtersheim, der Notariatskandidat Viktor Wad zu Straßburg zum Notar für den Bezirk des kais. Landger. zu Mühlhausen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Niederhagenthal ernannt. Dem ersten Oberlehrer Goldbeck an der höheren städtischen Mädchenschule „Luisen-Schule“ zu Berlin ist das Prädikat „Professor“ beigelegt, der hies. Werkstätten-Vorsteher Scheringer in Bromberg als königl. Eisenbahn-Maschinenmeister bei der Ostbahn daselbst angestellt worden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 19. Juli.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Die deutsche Furcht auf der Philadelphica-Weltausstellung hat ihre Arbeiten nahezu vollendet. Herr Direktor Goldschmidt, einer der Sachverständigen, ist vor einigen Tagen bereits zurückgekehrt, und die meisten der übrigen Herren befinden sich bereits auf der Rückreise. Das zurückgekehrte Jurymitglied theilt übrigens, wie uns zuverlässig berichtet wird, durchaus die in der „Nationalzeitung“ niedergelegte Ansicht des Geh. Rath's Reuleaux, daß die deutsche Industrie in andere Bahnen einlenken müsse, wenn sie erfolgreich auf dem Weltmarkt mit der Industrie anderer Nationen konkurriren will.“

Am 14. Juli starb in Marienwerder der Justizrat a. D. Sohn, der von 1862 bis 1867, dem Abgeordnetenhaus angehörte; mit seinen beiden, schon früher im frankfurter Parlament beziehungsweise im Abgeordnetenhaus politisch thätig gewesenen Schwägern, den Rittergutsbesitzern v. Hennig-Dembawolonska und v. Hennig-Bronchott gehörte er zu den ersten Unterzeichnern des in die Provinzialen entsandten Wahlprogramms der deutschen Fortschrittspartei. Seit Sommer 1862 gehörte außerdem nach sein Sohn, der Professor der Rechtswissenschaft, damals zum Unterschiede von seinem in Marienwerder gewählten Vater John-Pabian genannt, der Fraktion an. Als bei der Beendigung der Konfliktzeit die Trennung der Nationalliberalen von der Fortschrittspartei stattfand, trat der Sohn zu den Nationalliberalen, während der Vater ein eifriges Mitglied der alten Partei und ihr Vertrauensmann blieb, bis ihn sein hohes Alter nöthigte, auf jede Betheiligung am politischen Leben zu verzichten.

Der telegraphisch signalisirte Artikel der halbamtlichen „Prov.-Korr.“ über die nächsten Sessionen und Neuwahlen lautet:

Der jüngst erfolgte Schluß der preussischen Landtagsession hat nur einen kurzen Stillstand des parlamentarischen Lebens gebracht: schon nach wenigen Monaten beginnt eine neue Folge abwechselnder Sessionen des Reichstages und des Landtages. Zunächst muß im Spätherbst dieses Jahres der alte Reichstag nochmals berufen werden, nicht bloß zur Verathung der großen Reichs-Justizgesetze, sondern auch zur Feststellung des weiteren Reichshaushaltsetats, da derselbe nur bis zum 31. Dezember d. J. bewilligt ist. Dieser letzten Session des bisherigen Reichstages aber wird nach den demnächstigen Neuwahlen schon in den ersten Monaten des kommenden Jahres die erste Session des neuen Reichstages folgen müssen, da mit dem nächsten Jahre die bei der Verlegung des Etatsjahres in Aussicht genommene neue parlamentarische Ordnung beginnen soll, nach welcher die regelmäßige, alljährliche Reichstagsession in den ersten Monaten des Jahres stattfinden hat.

Vorher aber wird der preussische Landtag, da er in diesem Jahre noch nicht, wie für die Zukunft beabsichtigt ist, in den letzten Monaten des Jahres versammelt werden kann, in Gemäßheit der Verfassung, welche die Verfassung in der Zeit vom 1. November bis zum 15. Januar vorschreibt und behufs Feststellung des Staatshaushaltsetats vor dem 1. April jedenfalls eine kurze Session bald nach Beginn des Jahres halten müssen. Außer der parlamentarischen Arbeit selbst aber wird das politische Leben vor Allem durch die Vorbereitungen für die Neuwahlen zu beiden großen Volksvertretungen, dem Landtage und dem Reichstage, in Anspruch genommen werden. Das gegenwärtige preussische Abgeordnetenhaus, ist am 12. November 1873, der Reichstag am 5. Februar 1874 zusammengetreten; mithin läuft das dreijährige Mandat des Abgeordnetenhauses spätestens mit dem 12. November 1876, das Mandat des Reichstages mit dem 5. Februar 1877 ab. Die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus könnten, da dasselbe schwerlich noch in diesem Jahre berufen werden wird, an und für sich erst nach Ablauf des Mandats, nach dem 12. November stattfinden, wenn nicht die Rücksicht auf den alsdann versammelten Reichstag die Ansetzung der Landtagswahlen im Monat Oktober angemessen erscheinen ließe, zu welchem Zwecke eine formelle Auflösung des Abgeordnetenhauses vorhergehen muß. Auch die Neuwahlen für den Reichstag dürften nicht erst nach Ablauf des Mandats, nicht nach dem 5. Februar anzusetzen sein, da sonst die Session des neuen Reichstages erst sehr spät beginnen könnte. Es dürfte nach dem Schluß der Herbstsession des Reichstages die Auflösung desselben und die Neuwahl im Januar, unmittelbar vor der Landtagsession, erfolgen. Nimmt man hinzu, daß schon im August der brandenburgische Provinzial-Landtag, im September die Provinzial-Landtage von Preußen, Pommern, Schlesien und Sachsen behufs Vervollständigung der Einrichtungen der Selbstverwaltung und zu den Wahlen für die Verwaltungsgerichte zu berufen sein werden, so den die Session des Reichstages in diesem Jahre nur eine ganz kurze Ruhepause eintritt. Diese Pause aber wird durch die Vorbereitungen für die Neuwahlen ausgefüllt, welcher innerhalb aller Parteien bereits begonnen haben.

Bei einer Reform des internationalen Seerechts in Kriegeszeiten, über welche der am 25. September d. J. in Bremen zusammengetretene Kongress für Reform und Kodifikation des Völkerrechts bekanntlich berathen wird, kommt es besonders auch darauf an, daß die europäischen Mächte eine Definition des Begriffs Kriegskontrebände vereinbaren. Der pariser Kongress von 1856 hat diesen Be-

griff nicht näher definiert, wodurch, da Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der Aus- und Zufuhr von Kriegskontrebänden die Wegnahme sowohl der betreffenden Gegenstände, als auch des Transportmittels und der gesammten übrigen auf demselben befindlichen Ladung zur Folge haben, für die kriegsführenden, wie für die neutralen Mächte große Nachtheile entstehen können. Im Allgemeinen versteht man unter Kriegskontrebänden diejenigen Gegenstände, wodurch einer der kriegsführenden Parteien zur Vertheidigung oder zum Angriff dienliche Kriegsbedürfnisse zugeführt werden. Es herrschen aber in der Theorie wie in der Praxis große Meinungsverschiedenheiten darüber, was zum Begriff Kriegskontrebände zu rechnen ist. So entstand noch während des letzten deutsch-französischen Krieges zwischen Deutschland und England eine Differenz darüber, ob mit Steinkohlen beladene neutrale Schiffe auf der Fahrt nach einem Hafen der kriegsführenden Mächte oder zu der feindlichen Flotte der Wegnahme unterliegen könnten, Steinkohlen also als Kriegskontrebände zu rechnen und die Kohlenausfuhr als eine Neutralitätsverletzung zu betrachten sei.

Die Angelegenheit wegen der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich wird gutem Vernehmen der „R. Z.“ nach den Bundesrath noch zunächst nicht beschäftigen und vermuthlich dazu eine gelegener Zeit abgewartet werden, da jedenfalls die Neuwahlen zum Reichstage erfolgen müssen, ehe weitere Schritte geschehen. Der Reichskanzler hat in öffentlicher Sitzung gesagt: „Ich selbst habe damals auch mehr auf die Initiative der Regierung gerechnet, ich habe darauf gerechnet, daß die Regierungen die Verpflichtungen, die sie übernommen haben (die Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse eines einheitlichen Verkehrs zu verwalten zu lassen), enstern nehmen würden, und daß namentlich die königlich preussische Regierung das thun würde, in deren Handels-Ministerium dieser Theil der Verfassung ausgearbeitet worden ist. Ich habe mich darin vollständig getäuscht.“ Andererseits erklärte der Handels-Minister Dr. Achenbach: „Die Regierung geht von der Ansicht aus, daß ein allgemeines Eisenbahngesetz zu erlassen sei, aber sie ist sich bewußt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen dieses Ziel schwer erreicht werden könnte.“ Danach wird wohl neben einer Eisenbahnreform auch ein Eisenbahngesetz zu Stande gebracht werden müssen und letzteres am Ende jetzt weniger Schwierigkeiten als früher haben.

Das neueste Heft des Centralblatts für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen veröffentlicht eine Verfügung des Kultusministers in Betreff des Präparanden-Bildungswesens, nach welcher künftig den königl. Regierungen beziehungsweise Konsistorien die selbstständige Subventionirung der Privatpräparanden-Anstalten aus den bisher lediglich zur Remuneration von Einzelbildnern und zur Unterstützung von Präparanden überwiesenen Summen überlassen sein soll.

Bisher mußten die Beiträge für die von Kommunen, Vereinen u. s. w. eingerichteten und unterhaltenen Präparanden-Anstalten auf Grund der zur diesseitigen Genehmigung vorgelegten Verträge in jedem einzelnen Falle von der Zentral-Regierung bewilligt werden, ein Verfahren, welches die Organisation einer planmäßigen Verwendung der bewilligten Mittel nicht selten unmöglich machte. Nach der neuen Verfügung hat jede Regierung die in ihrem Bezirke auf Grund förmlicher Verträge bestehenden oder noch zu errichtenden Präparanden-Anstalten zu ihrem Ressort zu zählen und selbstständig zu leiten, so daß die mit den Anstalten abgeschlossenen Verträge nicht mehr erst dem Minister zur Genehmigung vorzulegen sind. Aus den für diesen Zweck den Regierungen zur Verfügung gestellten Summen hat jede der gesammten Bedürfnisse der Präparandenbildung ihres Bezirks zu bestreiten. In erster Linie sind daraus die Verpflichtungen gegen die bestehenden oder noch zu errichtenden Privatpräparanden-Anstalten zu erfüllen, in zweiter Linie die den Präparandenlehrern zu gewährenden Remunerationen zu zahlen und endlich die den Präparanden selbst zu bewilligenden Unterstützungen zu leisten. Ausgenommen sind jedoch die von der Zentralregierung genehmigten oder noch zu genehmigenden Mehrausgaben einzelner königlichen Präparanden-Anstalten. Bei Verwendung der einseitigen Beiträge sollen, beiden Konfessionen gegenüber, in jedem einzelnen Falle nur die konfessionellen Verhältnisse entscheiden, namentlich soll erwogen werden, ob die bestehenden Verträge mit den Vorstehern nicht einer Verbesserung fähig seien. Die Verpflichtung der Vorsteher, aus den ihnen bewilligten Staatszuschüssen ihren Zöglingen Unterstützungen zu gewähren, soll künftig wegfallen. Diese Zuschüsse sollen lediglich nach der Höhe der erforderlichen Entschädigung für die Arbeit der Vorsteher, für die Gewährung unentgeltlichen Unterrichts an arme Zöglinge und für die etwa nöthige Beihilfe zur Beschaffung von Lehrmitteln bemessen werden. Die Unterstützungen an die Präparanden hat die Regierung selbst in die Hand zu nehmen und dabei die Bedürftigkeit in jedem einzelnen Falle gewissenhaft zu prüfen. Bei der Remuneration der Einzelbildner soll namentlich darauf gesehen werden, daß nur Lehrer remunerirt werden, welche mindestens ein Jahr lang bereits Präparanden mit Erfolg unterrichtet haben. Da die Staatszuschüsse für die Präparanden-Anstalten nur den Zweck haben, bestehende Anstalten lebensfähig zu erhalten, so sollen bei Bewilligung von Zuschüssen ganz besonders die Anstalten beachtet werden, die erst ins Leben getreten sind und sich noch keiner Frequenz erfreuen, die sie in den Stand setzt, sich selbst zu erhalten.

In Beziehung auf § 114 des Reichs-Strafgesetzbuchs („Wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nötigen, wird mit Gefängniß bestraft“) hat das Obertribunal in einem Erkenntniß vom 21. Juni d. J. ausgesprochen, daß die Verhörung eines Beamten, welcher eine an sich nicht gerechtfertigte Amtshandlung ausführen will, mit der Veröffentlichung seines Verfahrens in der Presse strafbar ist. „Zum Begriff der Amtshandlung“, führt das Erkenntniß des Obertribunals aus, „ist nur erforderlich, daß die betreffende Handlung innerhalb der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit des Beamten liegt. Es verliert, wie der Appellationsrichter treffend bemerkt, diesen Charakter nicht, wenn sie im Einzelfalle nicht gerechtfertigt oder wie die Nichtigkeitseigenschaft sich ausdrückt, „nicht gerecht“ ist. Die gegenwärtige Auslegung ist mit dem leitenden Gedanken des § 114 Strafgesetzbuchs nicht vereinbar, welcher das

Walten der Staatsgewalt, ihre Autorität, wie die Freiheit der Entschließung ihrer Organe unbedingt und umfassend zu schützen bestimmt ist. Der Vorbereiter hat deshalb rechtsgrundsätzlich auch nicht geirrt, wenn er darin, daß der Angeklagte dem Amtsvorsteher die Veröffentlichung seines Verfahrens durch die Presse in Aussicht stellt, eine Drohung im Sinne des § 114 erklärt, zu deren Annahme es der besonderen Qualifikation des § 113, § 106, § 240 des Strafgesetzbuchs nicht bedarf.“

**Halle, 17. Juli.** Der Wahlaufruf, welcher bei der Versammlung der vereinigten liberalen Partei in der Provinz Sachsen am 6. Juni festgesetzt wurde, ist bekanntlich bereits mit zahlreichen Unterschriften versehen veröffentlicht worden. Was die lokalen Wahlvorbereitungen betrifft, so waren nach engerer Berathung im hiesigen Wahlverein wie auf nationalliberaler Seite um 11. Juli von jeder Seite je 20 Vertrauensmänner eingeladen, um eine Besprechung über das Zusammengehen der beiden Parteien bei den Wahlen zu führen. Diese Versammlung besetzte einmal die Beschlüsse über ein Auseinandergehen beider Fraktionen und andererseits brachte sie die Bedingungen zur Klarheit, unter denen die Nationalliberalen die alte sechsjährige Verbindung aufrecht zu halten versprochen. Diese Bedingungen hieß: Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten für das deutsche Reich und den preussischen Staat. In der am 14. stattgehabten Sitzung des vereinigt-liberalen Wahlvereins wurde nun nach längerem Verhandlungen der endgültige Beschluß gefaßt, dem Vorschlage der nationalliberalen Partei, die seitherigen Abgeordneten von Halle-Saalkreis für Land- und Reichstag wiederzuwählen, beizutreten und der Vorstand beauftragt, mit dem nationalliberalen Komitee die weiteren Verhandlungen zu führen. Die Kandidaten liberaler Seite waren somit Justizrath Frisch und Antmann Reimcke für den Landtag und Oberamtmann Spielberg für den Reichstag. Dem Vernehmen nach wird die deutsche Reichspartei in diesen Tagen für den hiesigen Wahlkreis den Ober-Staatsanwalt Starke in Wiesbaden aufstellen.

**Mainz, 16. Juli.** In einer zu Mainz am 14. gehaltenen Versammlung verbreitete sich Abg. Bamberg in einem längeren Vortrag über die Aufgabe, welche die nationalliberale Partei in der nächsten Legislaturperiode zu lösen habe. Seine Ausführungen gipfelten in dem interessanten Thema der zukünftigen Organisation der Reichsregierung. Er führte Folgendes aus:

Die Entwicklung des deutschen Reiches und dessen Entstehung habe sich gegen alle bisher anerkannten historischen Grundgesetze vollzogen. Unter Reich, welches ein aus einzelnen Monarchien zusammengesetzter Bundesstaat sei, müsse auch alle Kämpfe durchmachen, die aus einem solchen eigenartigen Verhältnisse entspringen. Der Partikularismus suche stets auf Kosten der Gesamtheit die einzelnen Souveränitäten zu stärken. Der Kampf der Schweiz im Jahre 1846 gegen die Sonderbestrebungen ihrer einzelnen Kantone, sowie der nordamerikanische Sezessionskrieg zeigten, wie schwierig es schon Bundesstaaten, die keine monarchischen Glieder haben, werde, sich zentrifugale Bestrebungen zu erwehren. Nachdem das schwere Experiment gelungen sei, das deutsche Volk „unter einem Hut zu bringen“, trete an das neue Reich die besagte Frage unmittelbar heran. Schon bei der Gründung des deutschen Bundesstaates habe man Alles gethan, um die Souveränitätsrechte der Einzelstaaten ja nicht zu verletzen. Er hätte solche Bestrebungen gekostet, um Baiern dem großen Ring der deutschen Staaten einzufügen. Auch heute noch sei in Baiern diese Souveränitätsfrage ein leitendes Motiv der Bewegungen und gegenseitigen Angriffe der Parteien. Wenn es diesen darum zu thun ist, etwas durchzubringen, so suchen Ultramontane wie Liberale sich in Bestrebungen, daß sie an der Unantastbarkeit der bairischen Kronrechte festhalten, zu überbieten. Man könnte dieses Treiben, bei dem die Liberalen mitthun müßten, beinahe mit dem gesüßelten Worte Bismarck's als „politische Heuchelei“ bezeichnen. Auf dem Wege der Gesetzgebung für das neue Reich sei man so weit geschritten, als es der Rahmen der Verfassung unseres Bundesstaates gestatte. Im nächsten Reichstage würde die Rechtseinheit unseres Vaterlandes abgeschlossen werden. Nachdem dann alles gethan worden, was sich innerhalb der bisherigen Kompetenz der Reichsgesetzgebung schaffen ließ, müsse man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Bedingung einer gesunden Weiterentwicklung unseres Staates in der Schaffung einer festen, gesicherten Zentralisation liege. Wie man früher die Einheit unseres Vaterlandes erstrebt habe, so müsse man jetzt den Kampf mit den Souveränitätsrechten aufnehmen und in diesem Ringen nach „innerer“ Einheit dürfte kein Stillstand eintreten. „Die wahre Einheit einer Nation liege in der Einheit ihrer Verwaltung.“ Wenn etwas aus dem Reiche werden solle, so müsse als Ueberbringer der Einheit eine organisierte Exekutive gewonnen werden, welcher das Ganze leite. Unsere jetzige Organisation, man brauche nur auf den Bundesrath hinzublicken, sei eine „ungeheuerliche.“ Der jetzige Bundesrath sei ein „todtes Ding“ und die Vertreter der einzelnen Regierungen, welche darin säßen, an die Instruktionen dieser gebunden. Es fehle dem Reiche ein eigentliches Ministerium. Ein Reichsministerium zu schaffen, wäre jetzt die wichtigste Aufgabe der Nation. Was die Verantwortlichkeit der Minister betreffe, so hätten wir bis jetzt in Deutschland eigentlich keine solche gehabt. Dem deutschen Parlamente fehle die historischen Wurzeln, aus welchen die parlamentarische Kraft hervordränge. In den Jahren 1820 bis 1848 wären die Volksvertretungen reine „Schattenparlamente“ gewesen. Auch der jetzige Reichstag sei nur mit „einer schwachen parlamentarischen Kraft“ versehen auf die Welt gekommen und aus diesem Grunde die gegen ihn gerichteten Vorwürfe ungerechtfertigt. Die Kraft der Parlamente liege wesentlich in dem durch parlamentarische Sitte gefestigten Verantwortlichkeitsbegriffe, in dem, was wir Ministerverantwortlichkeit nennen. Unser jetziges Ministerium sei nicht aus der Majorität entnommen, sondern ihr nur angepaßt, da es doch wesentlich aus Freikonserwativen gebildet wäre.

Sodann berührte der Redner die Münzfrage. Seiner Ansicht nach wäre die endliche Einführung der Goldwährung, bei der immer mehr zunehmenden Entwerthung des Silbers, unvermeidlich. Vielleicht würde schon am Ende dieses Jahrhunderts die kulturhistorische Erscheinung eintreten, welche sich zur Zeit der punischen Kriege in Rom gezeigt hätte, nämlich, daß, wie damals das Kupfer aus der Reihe der Werthmetalle verschwunden sei, auch dieses jetzt mit dem Silber geschehe. Die lateinische Münzkonventionenkonferenz würde bald genöthigt sein, die Prägung der Silbermünzen, der Lage der Dinge zufolge, aufzugeben. Bei all' diesen, für die innere Entwicklung unseres Vaterlandes so wichtigen Fragen trete die Nothwendigkeit eines Reichsministeriums auf das Dringlichste an uns heran. Bei dieser Gelegenheit kam der Redner auch auf den Abgang Delbrück zu sprechen, welcher sehr zu beklagen sei. Delbrück wäre einer der Männer gewesen, die befähigt waren, eine ganze Institution zu erzeugen. Auch die Reichseisenbahnfrage wurde seitens des Vortragenden kurz berührt. Der Reichskanzler suche auf diesem Wege dem Reiche den

Boden zur gesunden Fortentwicklung zu schaffen. Nach des Redners Ansicht verlange ein so wichtiges Verkehrsmoment, wie die Eisenbahnen, als Staatsbahn, eine feste Verwaltung, welche sich auf eine organisierte Reichsregierung stützen müsse.

Dr. Bamberger schloß seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Mahnung, daß es die Aufgabe der Partei nun sei, auf ihre Fahne zu schreiben: „Organisation, Reichsregierung, Reichsministerium.“

**Aus Bayern, 15. Juli.** Die Kammer der Abgeordneten hat heute in fast fünfstündiger Sitzung fortgefahren, das Budget des Kultusministeriums zu beraten und ist nun wenigstens mit den Etats der Erziehungsanstalten fertig geworden. Es sind noch ausständig jene der Kunst- und wissenschaftlichen Anstalten, Akademien, Bibliotheken, Sammlungen, Gallerien etc., dann besonderer Anstalten und zuletzt der für kirchliche Zwecke. Zur Feststellung dieses Budgets werden, wenn der seither geübte Heresfuß nicht erlahmt, immerhin noch drei bis vier Sitzungen nötig sein. Heute benutzte zuerst der streitlustige Dechant Rumpum aus der Oberpfalz die Positionen für die polytechnische Hochschule in München, um an dem Professor an derselben, dem liberalen Abg. Hauspöfer, sich zu reiben, was zu sehr unerquicklichen gereizten Debatten führte, die nur durch einen Schlussantrag abgebrochen wurden. Bei den Postulaten für die humanistischen Gymnasien wurde die Errichtung einer fünften Lateinklasse beantragt, von der Regierung das Recht, organisatorische Maßregeln anzuordnen, festgehalten, nichts desto weniger der dafür angelegte Kostenbetrag gestrichen. Bei diesem Kapitel hielt ein bisher unbekannter gebilbter liberaler Abgeordneter, Subregens Dr. Ludwig aus Regensburg, seine Jungferrede und fand durch sie alleseitigen, von der liberalen Seite noch wärmeren Beifall, als von seinen Gesinnungsgenossen. Er sprach frei von der ultramontanen Schablone, mit Geist und in schönem fesselnden Vortrag von der Aufgabe der Mittelschulen und ihrer notwendigen Reform, bekannte sich als einen Schüler vorzüglicher preussischer Gymnasien und Universitäten, zitierte seine verehrten Lehrer Dahlmann und berief sich auf Aussprüche Alexander v. Humboldt's. Diese Weise nach freilich grell ab von derjenigen, welche man sonst von der ultramontanen Seite zu hören bekommt und sie verfehlt allerdings ihren Eindruck nicht. Jörg und Freitag eilten auf den noch jugendlichen Redner, als er geendet, zu beglückwünschten ihn und schüttelten ihm die Hände. Wenn er nicht etwa bloß auf sein Fach sich beschränkt, sondern wenn er auch auf andere Gebiete seine Thätigkeit erstreckt und auf diesen gleiches Glück hat, dann ist unabweisbar in ihm der oppositionellen Partei eine gewiß nicht zu unterschätzende Kraft gefunden worden. In vorgerückter Mittagsstunde bei schwülster Temperatur in der Saale entspann sich noch ein heftiger Kampf um die Aufbesserung der Besoldung der Volksschullehrer. Der Referent, Domkapitular Schmidt aus Bamberg, hatte ursprünglich schon im Ausschusse eine immerhin erhebliche Erhöhung der Schullehrergehalte vorgeschlagen; da er damit aber bei seinen Gesinnungsgenossen auf Widerstand stieß, sie fallen lassen, und er war, dem Klubkommando wie üblich sich unterwerfend, jetzt ein Gegner seines eigenen Antrages geworden. Diesen jedoch hatten schon im Ausschusse die Liberalen aufgegriffen und heute im Plenum baten Crämer, Frankfurter und Münch fast flehentlich, den armen Schullehrern die ihnen zugedachte Verbesserung, oder wenigstens zwei eventuell gestellte mindere Zuwendungen zu gewähren. Auch der Minister v. Luz legte sein Fürwort ein; er betonte, daß die angeregte und gern in Angriff genommene Revision des Schuldotationsgesetzes kaum Aussicht habe, bald zu Stande zu kommen, und daß die jetzt lebende Generation der Lehrer schwerlich davon profitieren werde. Die ultramontane Partei in ihrer kleinen Majorität stimmte geschlossen gegen jede, auch noch so kleine Erhöhung der Lehrergehalte und bewilligte nur die herkömmliche Dotation.

**Meg, 14. Juli.** Die Frage, ob sich die im Lehrfach thätigen Ordenspersonen dem neuen Schulreglement unterwerfen werden, kann wenigstens im Bezirke Lotbringen als erledigt angesehen werden. Die Lehrschwestern sämtlicher Orden, deren Mutterhaus innerhalb des deutschen Reiches gelegen ist (die auswärtigen Orden Angehörigen sind schon seit geraumer Zeit zum Verlassen des Landes angehalten worden), haben sich nämlich dem Gesetze gefügt, das ein vor einer deutschen Prüfungskommission abzuhaltendes Examen vorschreibt. Solcher Prüfungen haben in den letzten Jahren mehrere in hiesiger Stadt stattgefunden. Ein weiteres Examen ist auf den 1. August anberaumt worden, zu welchem bereits gegen 40 Anmeldungen bei der Regierung eingelaufen sind. Für den gleichen Termin sind auch diejenigen Lehrer zu einem Examen einberufen worden, welche nach dem Kriege angestellt worden waren, ohne daß sie die zur Anstellung erforderlichen Befähigungszeugnisse aufweisen konnten. Da das hiesige Lehrerseminar junge Lehrer in hinlänglicher Zahl zu entlassen im Stande ist, so wird die Regierung in der Lage sein, die nicht entsprechenden Elemente zu entfernen und durch bessere zu ersetzen.

**London, 17. Juli.** Wie eine Erlösung vom Alpdruck werden die Auslassungen Lord Derby's über die orientalische Frage seitens der englischen Presse begrüßt, denn selbst die früheren Mitglieder des liberalen Kabinetts, welche an den beiden Deputationen Theil nahmen, scheinen, wie man der „K. Ztg.“ von hier schreibt, das Bewußtsein vollständigen Einverständnisses mit dem Minister über die schwebenden Fragen aus der Unterredung heimgebracht zu haben, und diese Stimmung findet in der Presse ihren Widerhall. Die „Times“ äußert ihre Befriedigung, daß sich von Anfang bis zu Ende in ihr auch nicht ein Wort befinde, welches die Annahme einer kriegerischen Politik des englischen Ministeriums rechtfertige. Der Fundamentalsatz der Erklärung des Ministers sei der, daß er vollständig mit den Interpellanten im Wunsche nach Aufrechterhaltung strenger Neutralität sich einverstanden fühle. Bei Erwähnung der Thatsache, daß die Kaiser von Oesterreich und Rußland zur Aufrechterhaltung der Neutralität sich gleichfalls entschlossen, habe Lord Derby genügende Beachtung auf dem Schlusse gegeben, daß Rußland zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht nur durch den Willen des Kaisers, sondern durch den Zwang seiner eigenen Lage verbunden sei. — Das englische Schiff „Himalaya“ stieß am Donnerstag Abend bei der Insel Night mit der spanischen Barke „Franziska“ zusammen. Es hatte 1200 Soldaten an Bord, erlitt aber nur geringen Schaden, während die Barke das Bugspriet verlor und vom Himalaya ins Schlepptau genommen werden mußte. — Abermals sind zwei Hebertritte zum Katholizismus zu verzeichnen. Lord Carlo Hamilton ist jetzt ein Priester und wirkt an der Pro-Kathedrale in Kensington und Miss Elizabeth Thompson, deren Schichtenbilder seit einigen Jahren allgemeinen Beifall fanden, hat dieses Genre der Malerei verschoren, sich der römischen Kirche angeschlossen und wird sich von nun an nur noch der Kirchenmalerei widmen.

**Madrid, 11. Juli.** Einer traurigen Folge des Karlistenkrieges, dem Räuberunwesen, wird von Seiten der Regierung mit aller Macht entgegengetreten und, wie es scheint, mit Erfolg, denn die Zahl der Raubfälle hat sich in den letzten Monaten bedeutend vermindert. Einen nicht geringen Einfluß hat hierauf der allen Spaniern wohlbekannte Grundsat der Gendarmen, keinen Räuber in das Zuchthaus gelangen zu lassen, sondern ihn auf dem Transport nach dort, angeblich um einen Fluchtversuch zu verhindern, auf freier Straße nieder zu schleifen. Diese bekannte Praxis der Gendarmerie wirkt abschreckender als die im Gesetze angedrohte Todesstrafe, gegen welche sich immer tausenderlei Hilfsmittel finden lassen. Die Straßenräuber greifen daher jetzt nur noch da an, wo sie sich völlig sicher

wähnen, wie jüngst auf der Straße nach Huelva, auf der eine Bande von mehr als 20 Mann die Postkutsche ausplünderte und dieselbe um eine, der Rio Tinto Bergwerksgesellschaft gehörige Summe von 40,000 Piafter erleichterte. Bis jetzt ist von den Räubern noch keiner ergriffen worden; da es jedoch ihrer so viele sind, so wird sicher bald der Eine oder der Andere von ihnen abgefaßt werden und der Gendarmerie Gelegenheit zu weiteren Schießübungen geben. — Die neue Konstitution, wie sie aus den Beratungen der Cortes hervorgegangen, ist zwar vom Könige unterzeichnet und durch die Gazette veröffentlicht worden, allein mit der Ausführung der darin enthaltenen Bestimmungen scheint die Regierung es nicht sonderlich eilig zu haben. Die Zustände im Lande sind noch immer nicht derartig, daß es passend wäre, die unter der Republik befindende und vom Königthum übernommene Diktatur aufzuheben. Die Aufhebung der Fueros in den baskischen Provinzen und Navarra hat viel zu böses Blut erzeugt, und es wird der größten Aufmerksamkeit und der entschlossensten Maßnahmen der Regierung bedürfen um die von interessirter Seite angedrohten Butse zu vereiteln. Bleiben Ruhe und Friede erhalten, so ist nicht daran zu zweifeln, daß in wenigen Jahren unter der Herrschaft des jungen Königs, der sich persönlich der größten Beliebtheit erfreut und es aufrichtig mit dem Wohle seines Vaterlandes meint, geordnete verfassungsmäßige Zustände eintreten werden. Für den Augenblick freilich sind die Aussichten auf verfassungsmäßige Zustände nur gering. Hat doch die Regierung sich genöthigt gesehen, wenige Tage nach Veröffentlichung des Publikationsdekrets, durch welches die Verfassung allen Behörden als Staatsgrundgesetz zu respektiren anbefiehlt den § 1 derselben, den wichtigsten von allen, welcher von den Spaniern und ihren Rechten handelt einseitigen wieder aufzuheben. Die Diktatur dauert also fort und nach wie vor ist jeder Willkür der Exekutivbehörden nicht nur do facto, sondern auch de jure möglich. Ein Mitglied der Regierung soll, als man es über die Gründe dieser selbst in Spanien auffälligen Maßregel befragte, erklärt haben: „Wir fanden die Diktatur vor und wir können sie, da überall konspirirt wird, vor dem Herbst nicht aus der Hand geben.“ Als man den betreffenden Minister auf das Angeordnete dieses Vorgehens, unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Verfassung, sowie auf die Ungesetzlichkeit der Maßregel (die individuellen Freiheiten und Garantien sollen nur auf Grund eines Beschlusses der Cortes suspendirt werden) aufmerksam machte, entgegnete er, daß es auf die Formen nicht so genau ankomme, da der Regierung für alle ihre Vorlagen die Mehrheit in den Cortes ja doch einmal gesichert sei. Daß diese Behauptung in der That zutrifft, haben die Verhandlungen des Kongresses über die zeitweilige Aufhebung des Titel 1 der Verfassung allerdings bewiesen; die Beschwerden des kleinen Häufleins der konstitutionellen (liberalen) über das willkürliche, durchaus illegale Vorgehen des Ministeriums sind vom Kongress einfach ignoriert worden. Im Lande freilich werden die zürnenden Worte, die der Abgeordnete Leon Castro, ein talentvolles Mitglied der gemäßigten konstitutionellen Partei, den Ministern, und vor allem dem Ministerpräsidenten Canovas di Castillo zurief, einen lebhafteren Widerhall finden.

**Belgrad.** Von ihrem Spezialberichterstatter in Serbien erhält die wiener „Presse“ über eine schon kurz erwähnte Unterredung mit dem serbischen Minister Milojkovic, datirt Semlin, 16. d. folgenden Bericht:

Heute Vormittags wurden die Herren Lichtenstadt, Korrespondent der „Presse“, Wallenstein, Korrespondent des „Fremdenblatt“ und „Pester Lloyd“ und Maher, des „Neuen Pester Journal“ gleichzeitig vom Minister des Innern Radomir Milojkovic empfangen. Milojkovic ist nicht Mittics die Seele des Kabinetts und wird öfter der „serbische Bismarck“ genannt. Er ist noch ein junger Mann, der aber schon zum zweiten Male Minister des Innern ist. Nach dem Tode des Fürsten Michael war er vier Jahre lang Minister gewesen. Wir wurden durch den Realshul-Direktor Milovuk eingeführt und vorgestellt. Der Minister empfing uns in seinem Arbeitskabinet mit größter Zuberkommenheit und konversirte mit uns drei Viertelstunden. Während unserer Anwesenheit wurden wiederholt Depeschen gebracht, die der Minister jedoch nicht eröffnete. Die Konversation wurde in deutscher Sprache, deren der Minister vollkommen mächtig ist, geführt. Milojkovic ist von kräftiger Statur, energischem Gesichtsausdruck, trägt einen Vollbart und kurzgeschorenes Haupthaar. Die Unterredung war ausschließlich politischen Inhalts. Nachdem sich der Minister erkundigt hatte, wie lange wir schon in Belgrad seien, befragte er uns nach unseren in Serbien empfundenen Eindrücken. Serbien werde, meinte er, vielfach von der österreichisch-ungarischen Presse unrichtig beurtheilt; die übrige europäische Presse sei im Allgemeinen viel wohlwollender gegen Serbien gesinnt. Bei der Beurtheilung des Landes sei zu erwägen, daß Serbien erst seit einem Menschenalter der Kultur übergeben wurde. Serbien habe 500 Jahre in derselben Lage zugebracht, in der sich Bosnien und die Herzegowina bisher befinden haben. Für diese Länder breche erst jetzt die Kulturperiode an. Die Fürsten seien zu Reformen unfähig. Der Minister erzählte gelegentlich das Gespräch, welches er mit dem letzten Pascha Belgrads mit Riz Pascha, geführt habe. Milojkovic erwähnte der acht Frauen des Pascha, der Frauen seines Sohnes und der enormen Dienerschaft und fügte hinzu, daß bei solcher Hausökonomie auch die Staatswirtschaft nicht gedeihen könne. Uebergehend zur Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina meinte der Minister: Hierin läge der beste Schlüssel zur friedlichen Lösung der orientalischen Frage. Schrittweise würden diese Länder und nach geraumer Zeit auch die südlichen Bilajets abendländischer Kultur zugeführt werden; dies führte zur Beseitigung der Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn. Minister Milojkovic erinnerte an das serbische Sprichwort: „Der Nachbar ist mir näher als der Verwandte“ und folgerte daraus, daß Serbien vornehmlich auf Oesterreich angewiesen sei. Serbien könne nicht präntendiren, mit fünf Millionen Einwohnern eine Rolle zu spielen, ebensowenig wie Württemberg oder Belgien auf Frankreich einen Einfluß üben können. Wir regten nun die Beziehungen zur südbalkanischen Omladina an. Der Minister antwortete, daß die Bedeutung gewisser Persönlichkeiten weit überschätzt worden sei. Hier könne man dieselben und ihren wahren Werth sehr genau. Er habe sofort nach seiner Ernennung im Jahre 1868 die „Zastava“ unterdrückt, weil er deren schädlichen Wirken in Serbien erkannte. Wenn die Bestrebungen dieser Partei hierzulande nichts bewirken können, was vermögen sie erst drüben, wo sie so bedeutenden Nationen gegenüberstehen? Der Minister erwähnte nochmals die Haltung der ungarischen Presse. Er anerkenne die Objektivität der Briefe Asbotts im „Pester Lloyd“, doch meinte er, daß im Allgemeinen die Beurtheilungen der serbischen Verhältnisse unrichtig, ja manchmal verächtlich gefaßt werden. Er hoffe, daß man mit der Zeit zu einer anderen Auffassung kommen werde. Serbien strebe nichts an, als unter die Kulturstaaten sich als jüngstes Kind einreihen zu können. Die innere Verwaltung des Landes mache von Jahr zu Jahr Fortschritte, wovon wir uns überzeugen mögen. Die Vereingung des Landes werde uns freigestellt werden. Zum Schluß entspann sich noch eine längere persönliche, sehr lebhaft Konversation.

Auch der Vatikan wird bestürmt, damit er den gegen die Türkei kämpfenden Völkern die Sympathien der abendländischen Christenheit zuwenden helfe. Eine zu diesem Zwecke dem Papste überreichte Denkschrift erinnert an die Jubelfeier der Schlacht von Leganto (1571),

welche Pius IX. bekanntlich als einen Triumph der Christenheit über den Islam bezeichnet hatte. Gelingt es, den Papst zu gewinnen, so ist die Gefahr für die Südslaven groß, unter dem Fluch derselben Segnungen leiden zu müssen, dem auch die Bourbonen, die Napoleoniden, die Carlisten und andere vom Papst Segnete zum Opfer gefallen sind.“ Uebrigens bedürfen die türkischen Berichte über den angeblichen Anschluß der römisch-katholischen Bosniaken an ihre Truppen einer starken Einschränkung. Die bosnischen Katholiken haben sich für Anschluß an Oesterreich und gegen die Serben erklärt, aber schlagen wollen sie sich deshalb gegen die letzteren doch nicht, trotz alles türkischen Drängens. Dem in Agram erscheinenden „Džer“ schreibt man über diese Dinge aus Banjaluka:

Die Türken machen mit ihren Rüstungen und Werbungen Ernst und Kriegern gesammelt. Unter seinen Soldaten giebt es auch eine große Zahl von Zigeunern, die den vorbereiteten Kampf des Islam gegen die Christen eher erschweren als erleichtern, weil die bosnischen Zigeuner ebenso wie die Juden „waffenfähig“ und „kampflustig“ sind. Der Pascha frug die Juden, ob sie nicht auch in den Krieg gegen den gemeinsamen Feind, die Griechen, ziehen wollten; allein ein Hohamb (Mabinner) antwortete ihm: „Viele Juden ließen sich schon einschreiben, aber sie können nicht in die Schlacht ziehen, weil es ein gefährliches Spiel ist.“ Bei den Katholiken ist der Pascha gänzlich durchgefallen, weil sie den ihnen zugemuteten Akt als Verrath an ihrer Nationalität betrachten.

Wie der wiener „Presse“ gemeldet wird, hat an den Gesichten der Insurgenten unter Belo Pavlovits am 13. d. mit den Türken bei Kenjeboslo und Neum in der Enklave von Klek auch ein im Hafen liegendes türkisches Kriegsschiff durch Geschützfeuer theilgenommen. Dasselbe habe sein Feuer trotz der nachdrücklichen Einsprüche des österreichischen Stationschiffes fortgesetzt.

Berichte pariser Blätter geben übereinstimmende Aufschlüsse über die vier Hauptzentren, von denen aus Europa mit irrgeführten Depeschen überfluthet wird. In Widdin bez. Kalafat hat neben Osman Pascha ein finanzielles Schwinberlyndat sein Hauptquartier aufgeschlagen und feiert je nach den Bedürfnissen des „Geschäfts“ Siege oder Niederlagen; in Semlin macht ein zum Islam übergetretener Magyare „Geschichte“ und beherrscht förmlich den Telegraphen, so daß jede Depesche zum Mindesten den Serben unangenehme Thatsachen melden muß; in Belgrad handhabt das Preshbureau strenge Zensur und werden überdies noch die Korrespondenten, da die gesammte Presse der nichtslawischen Welt bloß durch einen der Landesbesprecher kundigen Journalisten, einen deutschen Herrn Kemmer, vertreten ist — von den serbischen Patrioten stark gemißbraucht. Am Schlimmsten aber steht es in Konstantinopel, wo angeblich sogar die an Diplomaten gerichtete Depeschen vom Balkan angehalten werden; dieselben sollen bereits bei dem Großvezier darüber Beschwerde geführt haben. Sir Elliot ist allein in die Geheimnisse der Pforte eingeweiht, welcher gegenüber er immer mehr und mehr die Stellung eines Direktors einnimmt.

Die türkische Regierung bezahlt „natürlich“ die Sulicoupons wieder nicht. Die diesbezügliche Bekanntmachung lautet: „Die gegenwärtigen Umstände zwingen die kaiserliche Regierung, von Neuem die Bezahlung des Coupons und der Amortisirung der inneren und äußeren Schuld aufzuschieben. Die von der Regierung in Uebereinstimmung mit der kaiserlichen Bank angeordneten Maßregeln, um die Verzinsung der Staatsschuld regelmäßig zu machen, werden sofort in Vollzug gesetzt werden, sobald die Ursachen, welche sie verhindert hatten, aufgehört haben werden.“ — Ueber das Befinden des Sultans kurfieren wunderbare Gerüchte; charakteristisch hierfür ist nachstehende der „Nat. Ztg.“ aus Wien, 18. d. zugegangene Depesche: „Sicheren Meldungen aus Konstantinopel zufolge, findet die Schwertumgürtung nicht statt, weil Sultan Murad geisteskrank und niemand mehr empfängt.“

## Lokales und Provinzielles.

**Wosen, 20. Juli.**

**r. In der Stadtverordnetenversammlung am 19. d. M.** waren 19 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Oberbürgermeister Kohlsch und die Stadträthe L. Jaffe, Dr. Leppe, Rump, Stenzel vertreten. Als Schriftführer fungirt an Stelle des Kanzleidirektors Göbbels der Kaufmann Beltesohn. — Der Vorsitzende, Justizrath Bilet, macht zunächst einige geschäftliche Mittheilungen. Nach einer Benachrichtigung seitens des Magistrats haben die Ausgaben aus dem Extraordinarium während des Juni d. J. 3757 M. und von Anfang d. J. bis Ende Juni zusammen 5656 M. betragen. Nachdem die Versammlung beschlossen, die beiden wichtigsten Gegenstände der Tagesordnung zunächst zur Berathung zu ziehen, bezieht Kaufmann Wilhelm Kantowitz über die projektirte Erweiterung der städtischen Wasserwerke. Seitens der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke ist den Mitgliedern der Versammlung ein Erläuterungsbericht zu dem Antrage der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke zugegangen, dem wir folgendes entnehmen: Der täglich schlechter werdende Zustand der städtischen, seit 10 Jahren ununterbrochen im starken Betriebe stehenden Wasserwerksmaschinen nöthigte die Direktion vor Jahresfrist, den städtischen Behörden die Bitte vorzutragen, zur Beschaffung einer neuen, etwas größeren Maschine und deren Aufstellung auf den Bernhardenwiesen einen Betrag von ca. 150,000 M. zu bewilligen. Auf diese vom Magistrat befristete Bitte bewilligte die Stadtverordnetenversammlung nur einen Betrag von 32,000 M. zur Beschaffung einer Maschine allein ohne Kessel, Kessel- oder Maschinenhaus oder Schornstein, vermies vielmehr in allen diesen Stücken auch für die neue Maschine auf Mitbenutzung der schon vorhandenen Wasserwerks-Kessel und Baulichkeiten auf dem Gasanfalls-Grundstücke. Die darauf hin von der Direktion sofort ergangene Aufforderung an eine Anzahl renommirter Maschinenbau-Anstalten, zum Behufe engerer Submission, Skizzen und Preisofferten für die neue Maschine einzuwenden, ergab gegen Erwartung nach zwei Richtungen ein ungünstiges Resultat. Zunächst stellte sich der Beschaffungspreis selbst der billigsten Maschine auf ca. 70,000 M., und demnächst war keines der Projekte dazu angethan, mehreren, allerdings ganz ungewöhnlich verwickelten und schwierigen Wasserwerks-Betriebsverhältnissen entsprechend zu genügen. Das in diese Zeit fallende Ausgeben des speziell mit der Bearbeitung dieser Sache betrauten Obergeringens Gemme, und die daran sich anschließende Vakanz seiner Stelle während fast vier Monaten (Oktober 1875 bis Februar 1876) brachten eine schwer empfundene Verzögerung in diese Angelegenheit, da erst der Nachfolger des Ausgeschiedenen, Obergeringeur Thomsen, dieselbe von Neuem eingehender in die Hand nehmen konnte. Zunächst wurden nunmehr auf Grund der durch die erste Submission gemachten Erfahrungen der früheren Ausbietungsbedingungen enger u. bestimmter formulirt, darauf hin aber sofort eine neue Submission unter den schon früher befragten Firmen eröffnet. Dieselbe ergab ein überraschend günstiges Resultat, indem mehrere der renommirtesten Fabriken neben ihren Offerten auf das stets nur verlangte billigere Kondensationsmaschinen-System gleichzeitig aus Anlaß der schlechten Zeitkonjunktur überaus billige Offerten auf Maschinen des ungleich besseren, aber theureren Woolfschen Systems abgaben, so daß die Direktion sich ohne Weiteres für die

Bestellung einer liegenden Zwillingsmaschine nach dem Woolf'schen Systeme mit hinter einanderliegenden Zylindern entschloß. Die beiden Rindfleischmehlmöhlen sind die Gblliger Maschinenbau-Gesellschaft mit 86,000 M. und die hiesige Gegeldische Maschinenbau-Anstalt mit 88,500 M.; die Direktion hat sich für letztere ausgesprochen, trotzdem sie eine etwas höhere Forderung stellt und auch derartige Wasserbehebungs-Maschinen selbst noch nicht gebaut hat, da es für jeden Maschinenbetrieb von hoher Wichtigkeit ist, diejenige Anstalt am Orte zu haben, welche ihre Betriebsmaschinen gebaut hat, um bei eintretenden Unglücksfällen sofort die schnellste, denklich sicherste und kundigste Hilfe unmittelbar zur Hand zu haben. In dem angegebenen Preise liegen die Kosten der Beschaffung der zum Betriebe der neuen Maschine erforderlichen Kessel, Rohrleitungsstücke, Montage u. mit eingeschlossen.

Was nun die Frage des Ortes der Aufstellung der neuen Maschine betrifft, so hat die Direktion die Frage, ob die neue Maschinenanlage mit dem nöthigen Zubehör auf dem Gasanstalts-Grundstücke überhaupt noch mit aufgestellt werden könne, bejaht, dagegen die zweite Frage: ob die Direktion nach ihrem besten Wissen und ihrer diesjährigen Spezial-Erfahrung den städtischen Behörden dazu rathen könne, die neue Maschinenanlage auf dem Gasanstaltsgrundstücke herzustellen, entschieden verneint. Durch schwere Erfahrungen ist die Direktion zu folgenden Fundamentalsätzen gelangt: Die jetzt von den städtischen Behörden gewählte Stellung der neuen Maschinenanlage kann und darf nicht provisorisch sein, ist vielmehr für alle Zukunft hinaus endgültig bestimmend; denn die neue Maschinenanlage muß vom ersten Tage ihres Betriebes an als alleinige fernere Betriebsmaschine voll und nicht als Reservemaschine in Thätigkeit treten; Reservemaschinen bleiben allein die abgenutzten alten Maschinen; die neue Maschinenanlage bedarf vom ersten Tage ihres Betriebes an eine neue Ausstattung von Kesseln, Rohrleitungen, Schornstein u. s. w. sie muß die feitherrigen Uebelstände des Betriebes beheben, und muß gegenüber dem ununterbrochen steigenden Bedarf jederzeit einer Erweiterung fähig sein. Die Direktion kann den städtischen Behörden die Herstellung der neuen Maschinenanlage auf dem Gasanstalts-Grundstücke nicht anrathen, weil jedes weitere Aufbauen von Wasserwerksanlagen auf diesem Grundstücke endgültig die Möglichkeit nimmt, jemals die Gas- oder Wasserwerke über ihren heutigen Umfang hinaus erweitern zu können, wenn nicht für einen theuren Preis nachbarliches Terrain zur Vergrößerung des Terrains angekauft wird, weil ferner das Festhalten am Gasanstaltsgrundstücke ohne geradezu außerordentliche Kosten in keiner Weise die unerträglich gewordenen Uebelstände beheben läßt, welche dem jetzigen Betriebe eigen sind, weil endlich die Aufstellung der neuen Maschinen auf dem Gasanstalts-Grundstücke durch vermehrtes Verbaue und Zusammenhäufen zweier Betriebe, von denen der eine erfahrungsmäßig sehr gefahrvoll ist, diejenige Gefahr vermehrt, welche beiden Betrieben durch Brand, Explosion u. s. w. schon jetzt ununterbrochen droht. Dem gegenüber stehen folgende Vortheile bei Herstellung der neuen Maschinen auf den Bernhardsbühlwiesen: die Möglichkeit, ohne theuren Arealankauf die Gasanstalt, wie die Wasserwerke erweitern zu können, ferner die Möglichkeit, mit nur geringem Kosten-Mehraufwande alle bisherigen Uebelstände in der Wasserabgabe ganz nach Bedarf zu beheben. Die Direktion der Gas- und Wasserwerke stellt demnach folgende, vom Magistrat unterstützte Anträge: 1) Die Versammlung möge die Herstellung der Erweiterung der Wasserwerke nach den Ausführungen der Direktion auf den Bernhardsbühlwiesen genehmigen; 2) zu diesem Zwecke die Summe von 305,000 M. bewilligen, und zwar auf die bereits im Etat der Wasserwerke pro 1876 Tit. VI. vorgesehenen 50,000 M., den Rest mit 255,000 M. im Etat pro 1877 anweisen; 3) den Zuschlag der Maschinen-, Kessel- u. s. w. Lieferung an die Firma Gegeldisch für deren Offerten zu bestatigen.

Nachdem Kaufmann Wihl. Kantorowicz diese Anträge warm befürwortet, und dabei mitgetheilt hat, daß die Absicht vorliege, allmählich die gesammten städtischen Wasserwerke auf die Bernhardsbühlwiesen zu verlegen, macht Kaufmann Beltesohn gegen die Verlegung geltend, daß nach dem Resultate, welche die Besichtigung des Gasanstalts-Grundstücks seitens der Versammlung im vorigen Jahre ergaben, dort noch ausreichend Raum zur Erweiterung der Wasserwerke vorhanden sei, daß ferner die Verlegung sehr bedeutende Kosten verursachen werde, und daß die Kanalisation der Stadt Posen, welche eine erhebliche Erweiterung der Wasserwerke bedingen würde, nach dem Berichte des Ingenieurs Thomson wohl in weite Ferne gerückt sei. — Nach Mittheilung des Stadtbauraths Stenzel würde die Anfertigung der Maschine etwa 8 Monate Zeit in Anspruch nehmen. — Buchhändler Türk beantragt die Angelegenheit auf 4 Wochen zu vertagen; Kommerzienrath B. Jaffe: eine Kommission ad hoc zu wählen, welche in Gemeinschaft mit Magistratsmitgliedern die Frage der Verlegung prüfe; Kaufmann Sal. Löwinsohn: die Prüfung dieser Angelegenheit der vereinigten Bau- und Finanzkommission zu übertragen, welche zu ihren Beratungen Mitglieder des Magistrats und der städtischen Gas- und Wasserwerke hinzuzuziehen habe. Bei der Abstimmung wird der Antrag in Betr. der Bestellung der Maschine in der Gegeldischen Maschinenfabrik von der Versammlung angenommen, und sollen die dazu noch erforderlichen 33,500 M. aus den Ueberschüssen der Gasanstalt entnommen werden; in Betr. der Frage, auf welchem Platze die Maschine aufzustellen sei, wird der Antrag des Kaufmanns Sal. Löwinsohn angenommen.

Ueber den Neubau der Wallischebrücke berichtet Maurermeister Hesselbein, indem er der Versammlung die von dem Baumeister Lüders in Berlin für den eisernen Oberbau der Brücke angefertigten Zeichnungen und Projekte, sowie die sonstigen Situationspläne u. s. vorlegt. Während die Brücke gegenwärtig genau in der Verlängerung der Breitenstraße liegt, soll die neue Brücke mit ihrer mittleren Achse auf die Mitte der Wallischestraße treffen; sie soll 2 Land- und 1 Strompfeiler erhalten, welche aus Klinkern, an der Stromseite aus Granit aufgeführt und auf Fahlrosten fundirt werden. Sie erhält eine Länge von 70,2 Metern, eine Breite von 12,85 M., und 2 mit Granit geklasterte Fahrbahnen, sowie 2 Fußgänger-Passagen. Während gegenwärtig der Belag der alten Brücke 6 M. über dem Nullpunkte des Pegels liegt, wird die Unterante der neuen Brücke 6 Meter, und der Belag 6,66 Meter über dem Nullpunkt liegen. Es wird demnach eine leichte Kampfensteigung von 1:40 erforderlich sein. Der Magistrat beantragt, zu dem Brückenbau die Gesamtsomme von 353,000 M. zu bewilligen, wovon c. 70,000 M. aus dem Brückenbaufonds, das Uebrige aus dem Reichs- und Invalidenfonds-Darlehen entnommen werden sollen. — Nach Mittheilung des Stadtbauraths Stenzel würde nach Aufstellung der Interimtsbrücke und Abtragung der alten Brücke mit dem Bau der neuen Brücke Anfang September d. J. vorgegangen werden können; die Maurerarbeiten würden im November d. J. beendet sein, und die Aufstellung des eisernen Oberbaus alsdann im Dezember und Januar erfolgen, so daß die neue Brücke noch im Januar eröffnet werden könnte. — Von der Versammlung wird der Betrag von 353,000 M. gemäß dem Antrage des Magistrats bewilligt. — Ein nachträglich gestellter Antrag des Posthalters Gerlach, den Magistrat mit Rücksicht auf die bereits vorgeschrittene Jahreszeit zu ersuchen, mit dem Brückenbau erst im nächsten Jahre vorzugehen, wird abgelehnt. Es werden hierauf die übrigen Gegenstände der Tagesordnung erledigt. Der Antrag des Magistrats auf Bewilligung der Mittel zur Annahme eines Hilfsboten wird vertagt. Die für die diesjährige Ueberschweemung entstandenen extraordinären Ausgaben in Höhe von 3788 Mark werden, vorbehaltlich der Revision der Rechnungen, bewilligt. Zum Vorsteher für den XX. Armbezirk wird an Stelle des Färbermeister Sieburg, welcher die Wahl abgelehnt hat, der Restaurateur Lehmann auf der Schwabla gewählt. Die Niederlassung des Buchbindergehilfen Mich. Plotwinski wird genehmigt.

z. Militärisches. Die beiden hier garnisirenden Eskadrons des 2. Leibbusaren-Regts. Nr. 2 verlassen morgen, den 21. d. Mts., ihre Garnison, um zunächst mit den 3 Schwadronen von Lissa im Regiment zu exerciren und an den Uebungen der komb. Kavallerie-Division bei Züllichau theilzunehmen.

z. In Wotritz (Kr. Birnbaum) ist unter dem Rindvieh der

Milchbrand ausgebrochen und sind dem dortigen Ortschulzen mehrere Stücke Vieh gefallen.

~ Birnbaum, 19. Juli. [Heuschrecken.] In Lewitz (Kr. Mezeritz), etwa 15 Kilometer von hier, hat sich seit einigen Tagen die Wanderheuschrecke in schrecklicher Menge eingefunden. Die von ihr okkupirten Roggenfelder sollen ein Bild der trostlosesten Verheerung bieten. In der Nähe der Lehre durchsticht sie den Stengel, so daß erstere zur Erde fällt und die Halme dann kahl stehen bleiben. Von der Menge dieses verwüstenden Insekts kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man hört, daß beim Aufliegen derselben Pferde scheuen. Seitens des Landraths aus Mezeritz und des Distrikts-Kommissarius aus Betsche, welche sich sofort an Ort und Stelle begaben, sind die umfangreichsten Maßregeln zur Vertilgung getroffen. Aeltere Leute dortiger Gegend erzählen von einer gleichen Landplage während der zwanziger Jahre. Auch in Gloszewo (Kr. Mezeritz) und Münche (Kr. Birnbaum) sollen vereinzelte Exemplare gefunden worden sein.

Bromberg, 19. Juli. [Durchreise des Kronprinzen von Italien.] Heute Morgen 5 Uhr 48 Minuten traf mit dem Courrierzug Nr. 3 der Kronprinz von Italien nebst Gemahlin mit Gefolge auf dem hiesigen Bahnhofe auf seiner Reise nach Petersburg hier ein. Da nach dem Reiseprogramm hier ein Frühstück eingenommen werden sollte und man vermutete, daß die hohen Reisenden aussteigen würden, waren im Wartesalon die nöthigen Arrangements getroffen und derselbe durch Blumen, Gewächse und Teppiche ausgeschmückt worden. Die hohen Reisenden verließen jedoch den Salonwagen nicht, sondern tranken in demselben eine Tasse Kaffee, dagegen stieg das Gefolge, das aus 28 Personen bestand, aus. Aus Berlin war der Hofrath Erlet hier eingetroffen, um bezüglich des Frühstücks die nöthigen Anordnungen zu treffen u. s. Die Ausschmückung des Wartesalons geschah durch die Stabverwaltung. Nach einem Aufenthalt von 15 Minuten ging der Zug wieder ab. (Verb. Bg.)

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Wien, 18. Juli. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 1. bis zum 7. Juli 232,139 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 27,754 Fl.

\*\* Wien, 19. Juli. Wochenausweis der österreichischen Nationalbank. \*)

Notenumlauf	292,320,190	Zunahme	695,680 Fl.
Metallschatz	136,598,319	Abnahme	216 =
In Metall zahlbare Wechsel	11,520,109	Zunahme	339,962 =
Staatsnoten, die der Bank gehören	1,534,976	Zunahme	251,205 =
Wechsel	118,067,670	Zunahme	347,407 =
Pombar	27,305,600	Abnahme	427,600 =
Eingelöste und hörtenmäßig angekaufte Pfandbriefe	3,762,800	Abnahme	590,133 =

\*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 12. Juli.

### Vermischtes.

\* Dem Schosse Arenenberg, dem bekannten Ruheitz der napoleonischen Familie in der Schweiz, droht der Einsturz. Der Wasserstand im unteren Theile des Bodensees ist seit nunmehr drei Wochen ein so ungewöhnlich hoher, daß zwischen Konstanz und Schaffhausen noch jetzt in mehreren Orten der Verkehr zwischen den Häusern nur mittelst hergerichteter kleiner Brücken möglich ist. Am Fuße des Arenenberg sind nun durch Abpflungen (man vermutet mehr noch durch Unterwasser, welche aus dem Berge hervorgebrochen sind) Senkungen im Boden entstanden und ein Theil des Parkes, welcher das Schloß umgab, ist sammt seinen großen, herrlichen Bäumen untergegründet, ein Theil noch in abwärts gerichteter Bewegung begriffen. Der Abrutsch geht bis hart an das Schloß, und die Kapelle, Treppe und Schutzmauer der letzteren sind bereits in die Tiefe gestürzt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.  
In Vertretung: Oskar Elsner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

München, 19. Juli. Der Kaiser Wilhelm ist auf der Fahrt nach Salzburg um 5 1/2 Uhr hier eingetroffen und hat nach kurzem Aufenthalte die Reise fortgesetzt. In Rosenheim nimmt der Kaiser das Diner ein. Prinz Luitpold ist dorthin vorausgereist, um Se. Majestät zu begrüßen.

München, 19. Juli. Die Abgeordnetenkammer hat heute die Wahlen der liberalen Abgeordneten Stobaeus in Regensburg und Schloer und Pehl in Sulzbach für ungültig erklärt.

Wien, 18. Juli. Der Kaiser Franz Joseph ist heute Abend zu der Begegnung mit dem deutschen Kaiser nach Salzburg abgereist.

Salonichi, 18. Juli. Das deutsche Mittelmeergeschwader ist gestern Abends vor Salonichi wieder eingetroffen.

Belgrad, 19. Juli. Offiziell wird gemeldet: Ein Detachement der Armee Leschjanin's griff am 18. d. einen Flügel Osman Pascha's an; nach mehrstündigem hartnäckigen Kampfe wurden die Türken aus drei Verschanzungen verjagt, welche jedoch, da die Türken beträchtliche Verstärkungen erhielten, von den Letzteren wieder genommen wurden. (Wiederholt.)

Belgrad, 19. Juli. Der Regierung sind genauere Meldungen vom Kriegsschauplatz über die bei Saitchar stattgehabten Gefechte zugegangen. Nach denselben wären die türkischen Truppen am 12. d. aus ihren dortigen Verschanzungen zurückgeworfen worden, doch hätte der Einbruch der Nacht eine weitere Befolgung derselben verhindert. Die Serben erbeuteten 190 Ochsen, mehrere Remonten und viele Gewehre. Das Feuer der türkischen Geschütze hatte wenig Erfolg. — Die Nachricht, daß in einer serbischen Truppenabtheilung eine Meuterei ausgebrochen sei und deshalb mehrere Verurtheilungen und Hinrichtungen stattgefunden hätten, wird für vollkommen erfunden erklärt.

Versailles, 19. Juli. Der Senat setzte die Berathung des Gesetzentwurfs über die Verleihung der akademischen Grade fort. Dupanloup sprach dagegen, Jules Simon, dafür. Letzterer erklärte: Die Republikaner respektiren die Religion und wollen keine Eingriffe in die bürgerliche Freiheit.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Zonds-Course.

Frankfurt a M., 19. Juli. Still. Spekulationspapiere etwas besser. [Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 95. Pariser Wechsel 81, 15. Wiener Wechsel 161, 20. Bismarck Westbahn 148 1/2. Elisabethbahn

\*) per medio resp. per ultimo.

122 1/2. Galizier 162 1/2. Franzosen\*) 219 1/2. Lombarden\*) 63 1/2. Nordwestbahn 103 1/2. Silberrente 55 1/2. Papierrente 53. Russl. Bodencredit 85 1/2. Kassen 1872 91 1/2. Amerikaner 1885 102 1/2. 1860er Loose 98 1/2. 1864er Loose 252, 20. Kreditaktien\*) 116 1/2. Oester Nationalbank 695, 00. Darmst. Bank 104 1/2. Berliner Bankverein 83 1/2. Frankfurt Wechselbank 79 1/2. Oester. Bank 91 1/2. Meininger Bank 77. Hess. Ludwigsbahn 98 1/2. Oberposten 73 1/2. Ung. Staatsloose 140, 20. Ung. Schatzam. alt 82 1/2. do. do. neue 79 1/2. do. Ostb.-Obl. II. 57 1/2. Centr.-Pacific 94 1/2. Reichsbank 155 1/2.

Wien, 19. Juli. Anfangs fest, Schluß schwächer. Devisen steifer. Renten und Bahnen matt, ohne Angebot.

[Schlußkurse.] Papierrente 66, 00. Silberrente 69, 00. 1854er Loose 108, 25. Nationalbank 866, 00. Nordbahn 1790. Kreditaktien 144, 90. Franzosen 272, 00. Galizier 203, 50. Kassa-Oberb. 90, 50. Pardubitzer —, —. Nordwestb. 130, 50. Nordwestb. Lit. B. —, —. London 127, 35. Hamburg 61, 75. Paris 50, 00. Frankfurt 61, 75. Amsterdam 104, 50. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 156, 00. 1860er Loose 113, 00. Lomb. Eisenb. 79, 00. 1864er Loose 131, 00. Unionbank 58, 50. Anglo-Austr. 72, 50. Napoleons 10, 10 1/2. Dukaten 5, 90. Silbercoup. 101, 20. Elisabethbahn 155, 70. Ungar. Präm. 71, 70. D. Rsbnt. 62, 25. Türkische Loose 16, 00.

Paris, 19. Juli. Fest und belebt, zum Schluß Realisationen. [Schlußkurse.] 3proz. Rente 68, 60. Anleihe de 1872 106, 20. Italienische 5proz. Rente 70, 80. do. Tabakaktien —, —. do. Tabakobligationen —, —. Franzosen 540, 00. Lombard. Eisenbahn-Akt. 160, 00. do. Prioritäten 233, 00. Türken de 1865 11, 07 1/2. do. de 1869 61, 00. Türkenloose 36, 00. Crédit mobilier 145. Spanier extér. 13 1/2. do. intér. 12 1/2. Suezkanal-Aktien 670. Banque ottomane 345. Société générale 522. Crédit foncier 707. Egypter 197. — Wechsel auf London 25, 28 1/2.

London, 19. Juli. Nachm. 4 Uhr. Konjols 96 1/2. Italien. 5proz. Rente 70 1/2. Lombarden 6 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871 88 1/2. 5proz. Russen de 1872 88 1/2. Silber 48 1/2. Türk. Anleihe de 1865 10 1/2. 5proz. Türken de 1869 11 1/2. 6proz. Vereingit. St. pr. 1885 106 1/2. do. 5proz. fund. 106 1/2. Oesterreich. Silberrente —. Oesterreich. Papierrente —. 6proz. ung. Schatzbonds 81 1/2. 6proz. ungarische Schatzbonds II Emis. 80 1/2. 5proz. Peruaner 15. Spanier 13 1/2.

Blagdisfont 1 1/2 %. In die Bank flossen heute 21,000 Pfd. Sterling. New-York, 18. Juli. Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagio 11 1/2, niedrigste 11 1/2, Wechsel auf London in Gold 4 D. 89 C. Goldagio 11 1/2. Bonds per 1885 116 1/4. do 5proz. fundirt 117 1/2. Bonds per 1887 119 1/2. Erie-Bahn 14 1/2. Central Pacific 106 1/2. New-York Centralbahn 107 1/2.

### Produkten-Course.

Danzig, 19. Juli. Getreide-Börse. Wetter: regnerisch. Wind: W.

Weizen loco ist auch am heutigen Markte in flauer Stimmung, und schwer zu verkaufen gewesen; mühsam sind 130 Tonnen zu etwas billigeren Preisen gehandelt; bunt 129-30 Pfd. brachte 195 M., hellfarbig 127-8, 128-9 Pfd. 198, 199 M. per Tonne. Termine fast ohne Geschäft, Juli-August 198 M. Gd., September-Oktober 197 M. Gd., Oktober-November 196 M. Gd., April-Mai 200 M. Gd. Regulirungspreis 199 M. Gefündigt wurden 50 Tonnen.

Roggen loco ziemlich unverändert. 50 Tonnen zweijähriger polnischer 124 Pfd. sind zu 156 M. per Tonne gekauft. Termine ohne Angebot. September-Oktober 150 M. Gd. Regulirungspreis 159 M. Gd. Hafer loco wurde zu 176 M. pr. Tonne verkauft. — Rüböl loco um 2 M. per Tonne billiger verkauft bei sehr matter Stimmung. Weizen 282, gute 283, feinste 284 M. pr. Tonne. Termine ohne Geschäft, August-September 290 M. Gd., Septbr.-Oktober 294 M. Gd. Spiritus ohne Zufuhr.

Köln, 19. Juli. Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen fester, hiesiger loco 22, 00, fremder loco 22, 25, per Juli 18, 80, Nov. 20, 05. Roggen, hiesiger loco 17, 00, per Juli 14, 10, per Nov. 15, 05. Hafer loco 19, 50, per Juli 17, 90. Rüböl, loco 33, 90, per Oktober 32, 90. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 19. Juli. Nachm. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, auf Termine besser. Roggen loco flau, auf Termine fester. Weizen pr. Juli 192 Br., 191 Gd., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 197 1/2 Br., 196 1/2 Gd. — Roggen pr. Juli 147 Br., 146 Gd., pr. Sept. Oktober pr. 1000 Kilo 152 Br., 151 Gd. Hafer rubig. Gerste still. Rüböl fester, loco 65, pr. Nober pr. 200 Pfd. 63. Spiritus rubig, pr. Juli 36 1/2, pr. Juli-August —, pr. August-Sept. 36 1/2, pr. Sept.-Oktober 37 1/2, pr. Oktober-Novbr. pr. 100 Liter 100 Pct. 37 1/2. Kaffee fest. Umsatz 2000 Sack. Petroleum sich befestigend, Standard white loco 14, 30 Br., 14, 10 Gd., pr. Juli 14, 10 Gd., pr. August-Dezember 14, 10 Gd. — Wetter: Wolkig.

Paris, 19. Juli. Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen behauptet, pr. loco —, pr. Juli 25, 75, pr. August 26, 00, pr. September-Dezbr. 27, 00. Mehl fest, pr. Juli 56, 25, pr. August 57, 25, pr. September-Dezbr. 59, 50. Rüböl fest, pr. Juli 75, 25, pr. August 75, 25, pr. Sept.-Dezbr. 77, 00, pr. Januar-April 78, 50. Spiritus behauptet, pr. Juli 44, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 45, 50.

Bremen, 19. Juli. Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 14, 20 bez., pr. Juli —, pr. August 14, 30 bez., pr. Septbr. 14, 50 bez., pr. Oktober 14, 70, pr. September-Dez. 14, 80. Steigend.

Amsterdam, 19. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine niedriger, pr. November 286. Roggen loco unverändert, auf Termine höher, pr. Juli 183, pr. Oktober 190. Raps loco 402, pr. Herbst 390 Fl. Rüböl loco 36 1/2, pr. Herbst 37, pr. Mai 38. — Wetter: Regnerisch.

Antwerpen, 19. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Geschäftlos. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 35 bez. und Br., pr. Juli 35 bez. u. Br., pr. August 35 bez. u. Br., pr. September 35 bez. u. Br., pr. September-Dezember 35 bz. u. Br. Steigend.

London, 19. Juli. Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 13,860, Gerste 1440, Hafer 41,660 Qtrs. Englischer Weizen nominell unverändert, fremder träge, angelommene Ladungen matt. Andere Getreidearten nominell unverändert. — Wetter: Heiß.

Glasgow, 19. Juli. Röhreisen. Mixed numbers warrants 57 Sh. — D. Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 6042 Tons gegen 9833 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 19. Juli. Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht). Umsatz 6000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Rubig, williger. Middl. Orleans 6, middl. amerikanische 5 1/2, fair Dholerab 4 1/2, middl. fair Dholerab 4, good middl. Dholerab 3 1/2, middling Dholerab 3 1/2, fair Bengal 3 1/2, good fair Broad 4 1/2, new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4, fair Pernam 6, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 5 1/2.

Upland nicht unter low middling Juli-Lieferung 5 1/2, September-Oktober-Lieferung 5 1/2 d. Neue Ernte November-Dezember-Lieferung pr. Segelschiff 5 1/2 d.

New-York, 18. Juli. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Newyork 17 1/2, do. in Philadelphia 17. Mehl 5 D. 75 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 19 C. Mais (old mixed) 54 C. Zucker (Fair refining Muscovado) 8 1/2. Kaffee (Rio) 16 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 11 1/2 C. Speck (short clear) 11 C. Getreidefracht 7.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Juli. Wind: NW. Barometer: 27,10. Thermometer: + 13° R. Witterung: regnerisch. Weizen loco per 1000 Kilogr. 190-230 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat...

Breslau, 19. Juli. (Amtlicher Produkten-Bericht.) Roggen (per 2000 Pfd.) höher, gef. 3000 Ctr., abgel. Kündigungsscheine, per Juli 152 B. u. G., Juli-August 151,50-152 B., August-Sept. 151,50-152 B. u. G., Dttbr.-Nov. 155-156 B., Novbr.-Dez. 153,50-155 B. u. G., April-Mai - Weizen 182 B., schlicht 184-85 B., gef. - Ctr., per Sept.-Okt. 145 B., Dttbr.-Novbr. - Hafer 176 B., gef. - Ctr., per Sept.-Okt. 145 B., Dttbr.-Novbr. - Raps 290 B., gef. - Ctr., per Sept.-Okt. 145 B., Dttbr.-Novbr. - Gerste 176 B., gef. - Ctr., per Sept.-Okt. 145 B., Dttbr.-Novbr. - Spiritus wenig verändert, gef. 15,000 Liter, loco 48 B., 47,50 C., Juli, u. Juli-August 47,50 C., Aug.-Sept. 47,50-47,60 B., B. u. G., Sept.-Okt. 47,50 C. - Zink ohne Umsatz.

Berlin, 19. Juli. Die Nachrichten über die Kriegsrüstungen Rumäniens ist widersprochen worden; die Erkrankung Sultans hatte wenig Eindruck gemacht und die Meldungen vom Kriegsschauplatz begebenen gleichfalls nur sehr lauer Aufnahme. So fehlte Anregung von außerhalb fast gänzlich. Auch die Notirungen der fremden Börsen blieben ohne Einfluss. Der Verkehr eröffnete dem entsprechend gegen gestern wenig verändert und lustlos. Doch fand die Kontinuität bald, daß die politische Lage wohl zu neuen Besorgnissen Veranlassung geben dürfte, und keineswegs so geklärt erscheine, als die Inhaber der Waare glauben möchten. Die Notirungen schwächen sich schnell ab, hoben sich aber doch gegen die Mitte der Börzenzeit wiederum, so daß

die Haltung im Allgemeinen zu herabgesetzten Coursen fest genannt werden konnte. Das Prolongationsgeschäft hat allerdings bereits begonnen, ist aber bisher noch so unbedeutend geblieben, daß der Einfluss desselben auf die Entwicklung des Verkehrs sehr gering blieb. Im Einzelnen wurden nur Lombarden etwas reger umgesetzt. Die Haltung derselben war auf Deckungen ziemlich fest. Kreditaktien und Franzosen schwanken mäßig. Oesterreichische Renten und Loose lagen fest, russische Fonds eher matt, beide Gebiete verharren aber in großer Stille. Ueberhaupt lag der Anlagemarkt sehr ruhig. Für preussische und deutsche Fonds herrschte wenig Nachfrage. Hannover-Altenbedener Eisenbahn-Prioritäten III. Emission und Bergische IX. Emission

u. Br., Oktober-November 62,75 M. Br., April-Mai 650 M. Br. - Spiritus fester, per 10,000 Liter Proz. loco ohne Faß 46,20 M. bez., per Juli-August 46 M. nom., August-Septbr. 45,80-46,10 M. bez., Br. u. Gd., Septbr.-Oktober 47,20 M. bez., Br. u. Gd., Oktober-November 46,50 M. Gd., per Frühjahr 48 M. bez. - Angemeldet: 1000 Ctr. Roggen. Regulirungspreis für Kündigungen: Weizen 199 M., Roggen 141 M., Rüböl 62,75 M., Spiritus 46 M. - Petroleum maffer, loco 15-14,65-14,50 M. bez., Regulirungspreis 14,60 M., September-Oktober, 13,75-13,50 M. bez. (Dttbr.-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen. Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 260 über der Dttbr., Therm., Wind, Wolkenform. Data for 19. Juli and 20. Juli.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table of stock prices for various companies and bonds in Berlin, including Staats-Anleihe, Kur-u. Rumänien, and various bank shares.

Table of stock prices for various companies and bonds in Breslau, including Centralbank, Genossenschaftsbank, and various bank shares.

mäßig begehrt. Eisenbahnaktien blieben ruhig und eher abgeschwächt; Oesterreichische wenig fest. Banken und Industriewerke ohne Leben. Fremde Wechsel still und eher angeboten. Der Geldmarkt blieb geschäftlos. Der weitere Verlauf des Börsenverkehrs blieb ohne wesentliche Veränderungen. Ultimo Franzosen 439,50-437,50-439, Lombarden 127,50-129, Kredit-Aktien 235-233-234,50, Raubhütte 59,50, Diskonto-Kommandit 108,50-8-8,25, deutsche Handelsbank gewannt 2,75, Centralbank für Bauten 0,75, Antwerpener Centralbank 1,10, Bochumer, beide Böhmern und Cour, je 1, Oberösterreichischer Eisenbahnbearbeitung 1,25, Magdeburger Spirit 7 1/2. Der Schluß war sehr matt.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bond prices, including American, Russian, and other international securities.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stock prices, listing various companies like Wachen, Altona-Riel, Bergische-Märkische, etc.

Table of stock prices for various companies and bonds in Posen, including Oberösterreichische, B. 3, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Deutsche Fonds.

Table of German bond prices, including various government and municipal securities.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stock prices, listing companies like Brauerer, Deutsche, and various manufacturing firms.

Eisenbahn-Obligations-Prioritäten.

Table of railway bond and preference prices, including various companies and their respective securities.